

kationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und das ganze sozialistische Lager ist Westberlin, das in einen NATO-Stützpunkt umgewandelt wurde und wo das längst anachronistische und widerrechtliche Besatzungsregime aufrechterhalten wird.

Den aggressiven Plänen der westdeutschen Militaristen und Revanchisten gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen und das ganze sozialistische Lager muß ein Riegel vorgeschoben werden. Der Weg zu diesem Ziel wäre die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten sowie die Normalisierung der Lage in Westberlin durch dessen Umwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt.

Unterstützt von allen sozialistischen Staaten ist die Sowjetunion bemüht, eine friedliche Lösung dieser Fragen auf dem Verständigungswege unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten Seiten herbeizuführen. Die sozialistischen Staaten lassen nichts unversucht, um alle Mittel, die zu diesem Ziele führen, einzusetzen. Der Abschluß des Friedensvertrages darf jedoch nicht ins endlose aufgeschoben werden. Falls der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten am Widerstand der Westmächte und der revanchistischen Kräfte Westdeutschlands scheitern sollte, wird die Volksrepublik Polen zusammen mit allen Staaten, die dazu bereit sind, den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik abschließen. Dadurch wird auch die Frage der Umgestaltung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt unter voller Achtung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Territorium sich Westberlin befindet, gelöst. Westberlin wird dann aufhören ein Provokations- und Kriegsherd zu sein.

Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, auf der Grundlage der völkerrechtlichen Normen den friedlichen Verkehr der Freien Stadt Westberlin mit der Außenwelt über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zu garantieren. Der Status der Freien Stadt wird wirksame internationale Garantien erhalten. Die Bevölkerung Westberlins wird das Recht haben, die innere Ordnung Westberlins selbst zu bestimmen.

Die Politik der Drohungen, zu der gewisse Kreise im Westen erneut Zuflucht zu nehmen versuchen, kann keinerlei Einfluß auf den entschiedenen Willen der sozialistischen Staaten haben, den Kriegsherd in Europa zu beseitigen und den Frieden zu festigen. Die bankrotte Politik der Stärke ist zum Scheitern verurteilt. Die vereinte Macht der Staaten des Warschauer Vertrages, die Friedenspolitik dieser Staaten und die Haltung aller friedlich gesinnten Regierungen und nüchtern denkender Kreise im Westen, der Kampf